

Menem wirft das Handtuch: ein politischer Neuanfang in Argentinien unter Néstor Kirchner?

Llanos, Mariana; Nolte, Detlef

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GIGA German Institute of Global and Area Studies

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Llanos, Mariana ; Nolte, Detlef ; Institut für Iberoamerika-Kunde (Ed.): *Menem wirft das Handtuch: ein politischer Neuanfang in Argentinien unter Néstor Kirchner?*. Hamburg, 2003 (Brennpunkt Lateinamerika 10).. <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0168-ssoar-444516>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC Licence (Attribution-NonCommercial). For more information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-nc/4.0>



BRENNPUNKT LATEINAMERIKA

POLITIK · WIRTSCHAFT · GESELLSCHAFT

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE HAMBURG

Nummer 10

31. Mai 2003

ISSN 1437-6148

Menem wirft das Handtuch. Ein politischer Neuanfang in Argentinien unter Néstor Kirchner?

Mariana Llanos/Detlef Nolte

Nach dem ersten Wahlgang hatte der amtierende Präsident Eduardo Duhalde provokativ formuliert, Menem werde durch K.O. oder durch Aufgabe verlieren. Diese Voraussage war vom Ex-Präsidenten vehement dementiert worden. Letztlich warf Carlos Menem aber dann doch fünf Tage vor dem zweiten Wahlgang das Handtuch. Die Argentinier wurden um das Recht gebracht, erstmals wie nach der neuen Verfassung vorgesehen in einer Stichwahl ihren Präsidenten zu wählen, und der neue argentinische Präsident, Néstor Kirchner, wurde um einen triumphalen Wahlsieg betrogen, da ihm die Umfragen mehr als 70% der Stimmen vorausgesagt hatten. Wie kam es zu dieser Entwicklung? Inwieweit belastet die fehlende Krönung durch die Wähler – im ersten Wahlgang hatte Kirchner mit 22% der Stimmen hinter Menem (24,5%) gelegen – die Handlungsfähigkeit des Präsidenten? Welche sind die zukünftigen Herausforderungen? Inwieweit implizieren die Amtsübernahme von Kirchner und die Kapitulation Menems vor der öffentlichen Meinung (in Form der Meinungsumfragen) einen Neuanfang in der argentinischen Politik?

Néstor Kirchner, der am 25. Mai 2003 sein Amt als argentinischer Präsident antrat, fand zunächst nur einen sehr geringen Rückhalt in der Wählerschaft. Aber auch Carlos Menem, der im ersten Wahlgang siegreich war, erhielt von den Wählern und Wählerinnen nur einen sehr begrenzten Zuspruch. Beide Präsidentschaftskandidaten wurden von weniger als einem Viertel der Wähler gewählt. Sie blieben deutlich unter dem Stimmenanteil, den die argentinischen Präsidenten, aber auch ihre stärksten Gegner seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1983 auf sich vereinen konn-

ten, als Mehrheiten von ca. 50% der Stimmen die Regel waren (siehe Tabelle 1). Die Ursachen hierfür liegen in der zunehmenden Fragmentierung des Parteiensystems, der Krise der Radikalen Partei und den innerparteilichen Auseinandersetzungen in den Reihen der Peronisten. Die Radikale Partei war bereits bei den Präsidentschaftswahlen 1995 von einer neuen politischen Gruppierung, dem FREPASO (*Frente País Solidario*) überholt worden. 1999 siegte dann ein Wahlbündnis (*Alianza*) aus Radikaler Partei und FREPASO gegen die Peronisten.

Tabelle 1: Wahlergebnisse 1983-2003 (Präsidentschaftswahlen)

	Wahlsieger		Zweitstärkste Option	
1983	Alfonsín-Martínez (UCR)	51,75%	Luder-Bittel (PJ)	40,16%
1989	Menem-Duhalde (PJ)	47,51%	Angeloz-Casella (UCR)	32,45%
1995	Menem-Ruckauf (PJ)	49,90%	Bordón-Álvarez (Frepasso)	29,29%
1999	De la Rúa-Álvarez (Alianza)	48,37%	Duhalde-Ortega (PJ)	38,09%
2003	Menem-Romero (PJ)	24,45%	Kirchner-Scioli (PJ)	22,24%

PJ: Partido Justicialista; UCR: Unión Cívica Radical; Frepasso: Frente País Solidario; Alianza: UCR + Frepasso

Quellen: Guillermo Molinelli et al., *Congreso, Presidencia y Justicia en Argentina*, Buenos Aires 1999,

S. 573-575 (für die Jahre 1983 - 1995);

<http://www.mininterior.gov.ar>

Vorgeschichte:

Krisenjahr und innerparteiliche Konflikte

Nachdem Präsident de la Rúa von der Radikalen Partei (*Unión Cívica Radical* = UCR) am 20. Dezember 2001 nach massiven sozialen Protesten und auf Grund einer gescheiterten Wirtschaftspolitik zurückgetreten war (siehe *Brennpunkt Lateinamerika* 03-2002), lösten sich in kürzester Zeit mehrere Interimspräsidenten ab (Vizepräsident Chacho Álvarez war bereits 2000 wegen der Tolerierung korrupter Praktiken – im Senat sollen Stimmen gekauft worden sein – durch die Regierung de la Rúa zurückgetreten). Schließlich wurde der Peronist Eduardo Duhalde, der 1999 die Präsidentschaftswahlen gegen de la Rúa verloren hatte, vom Kongress zum Präsidenten gewählt. Er sollte das Land in der verbleibenden Amtszeit seines gescheiterten Vorgängers bzw. bis zu Neuwahlen führen. Duhalde galt somit als Übergangspräsident, der die anstehenden wirtschaftlichen Probleme in Angriff nehmen und die Wahl eines wieder direkt demokratisch legitimierten Nachfolgers vorbereiten sollte.

Wirtschaftlich gelang es Duhalde, die komplizierte Situation, die nach der Freigabe des Wechselkurses und der Einstellung des Schuldendienstes entstanden war, vorläufig unter Kontrolle zu bringen, ohne dass die Grundprobleme gelöst wurden. Nach dem die Wirtschaft bereits 2001 um 4,4% geschrumpft war, ging das BIP 2002 noch einmal um 11% zurück, erst danach zeigten sich erste Anzeichen für eine Wiederbelebung. Durch ein massives Sozialprogramm – über 2 Mio. Haushalte erhielten vom Staat monatlich 150 Pesos (ca. 50 Euro) – gelang es zumindest, das soziale Protestpotenzial zu reduzieren. Dazu trug auch die

schrittweise Freigabe der unter de la Rúa eingefrorenen Bankguthaben bei.

Politisch war das Jahr 2002 von erbitterten innerparteilichen Konflikten gekennzeichnet, die sowohl die Radikale Partei als auch die Peronisten umfassten. Dort waren Eduardo Duhalde und Ex-Präsident Carlos Menem einmal mehr die Protagonisten, die ihre Dauerfehde fortsetzten, die in die zweite Amtsperiode von Menem zurückreicht. Am Rande der Legalität verhinderte Duhalde die parteiinternen Vorwahlen, bei denen möglicherweise Menem gewonnen hätte, ohne dass damit ausgeschlossen gewesen wäre, dass weitere peronistische Kandidaten außerhalb der Parteistruktur kandidiert hätten. Und gleichfalls am Rande der Legalität wurde es den Peronisten ermöglicht, mit drei Präsidentschaftskandidaten anzutreten. Zugleich musste Duhalde eine Verkürzung seiner Amtszeit bis 25. Mai 2003 akzeptieren. Das Problem von Duhalde bestand lange Zeit darin, dass er über keinen Kandidaten verfügte, der es mit Menem aufnehmen konnte. Dieser drängte deshalb auf baldige Neuwahlen. Die Gouverneure von Córdoba (de la Sota) bzw. Santa Fé (Reutemann) fanden entweder keinen Rückhalt in der Wählerschaft oder verweigerten sich einer Kandidatur. Letztlich entschied sich Duhalde dafür, den Gouverneur von Santa Cruz und innerparteilichen Gegner von Menem, Néstor Kirchner, zu unterstützen, der mit diesem Rückenwind bzw. dem von Duhalde kontrollierten Parteiapparat der Provinz Buenos Aires in den Umfragen kräftig zulegte.

Da sich die Peronisten nicht auf einen Kandidaten einigen konnten, wurde gewissermaßen dem Wähler die Aufgabe übertragen, den oder die peronistischen Präsidentschaftskandidaten im ersten Wahlgang auszuwählen. Durch

das Wahlsystem der Stichwahl und die Verteilung der Wählerpräferenzen (nach früheren Wahlergebnissen und Umfragen) war außerdem sichergestellt, dass kein anderer, nicht-

peronistischer Kandidat bereits im ersten Wahlgang die Präsidentschaftswahlen für sich entscheiden würde.

Das argentinische Wahlsystem der Ballotage

Das argentinische Wahlsystem zur Bestimmung des Präsidenten war 1994 im Rahmen der Verfassungsreform, die eine Wiederwahl von Carlos Menem ermöglichen sollte, reformiert worden. Zuvor war der Präsident ähnlich wie in den USA über ein System von Wahlmännern gewählt worden. Das neue Wahlsystem war auf die Peronisten zugeschnitten, die zu dieser Zeit mit einem Wählersockel von fast 40% rechnen konnten.

Nach dem neuen Wahlsystem musste ein Kandidat im ersten Wahlgang entweder mehr als 45% der Stimmen erreichen, um direkt zum Präsidenten gewählt zu werden, oder sein Stimmenanteil musste über 40% liegen mit einem Vorsprung von mindestens 10% vor dem zweitplatzierten Kandidaten. Wurde keine dieser Bedingungen erfüllt, war eine Stichwahl (Ballotage) zwischen den beiden Erstplatzierten im ersten Wahlgang vorgesehen.

Bei der Radikalen Partei, der nach dem Debakel von de la Rúa sowieso nur minimale Wahlchancen eingeräumt wurden, fanden zwar Vorwahlen statt. Diese waren allerdings von derart skandalösen Begleitumständen umgeben, dass sie einem politischen Selbstmord nahe kamen. Es standen sich der vom Ex-Präsidenten Alfonsín unterstützte Leopoldo Moreau, der schließlich auch zum Wahlsieger erklärt wurde, und Rodolfo Terragno, ein innerparteilicher Gegner von Alfonsín gegenüber. Der Wahlverlauf war wenig transparent und von wechselseitigen Wahlbetrugsvorwürfen geprägt. Damit erweiterte sich der politische Raum für andere Politiker, die im traditionellen Wählerpotential der Radikalen Partei ihre Stimmen zu gewinnen trachteten.

Letztlich führten die ungelösten Konflikte in den beiden Traditionsparteien, die seit 1983 erneut die politische Bühne beherrschten, dazu, dass sich das politische Angebot pluralisierte, statt zweier Alternativen standen sich fünf Kandidaten mit ernsthaften Wahlchancen gegenüber (dabei wurde der Kandidat der Radikalen Partei nicht mitgezählt). Dies zwang die Kandidaten, ihr programmatisches Profil zu schärfen und sich deutlicher im politischen Raum (auf einem Links-Rechts-Spektrum) zu verorten. Dies war ein weiteres Novum bei dieser Wahl, der bekannte argentinische Soziologe Juan Carlos Torre sprach deshalb bereits von einer „zweiten Transition“.

Der erste Wahlgang: Kandidaten und Ergebnisse

Im Gegensatz zu den Parlamentswahlen im Oktober 2001 (siehe *Brennpunkt Lateinameri-*

ka 20-2001) stieg bei den Präsidentschaftswahlen im April 2003 nicht nur die Wahlbeteiligung, sondern der Anteil der gültigen Stimmen erreichte 97,28%. Es sei daran erinnert, dass bei den vorausgegangenen Parlamentswahlen das Protestverhalten, der so genannte *voto bronca*, gegen die politische Klasse in ihrer Gesamtheit zu einem Rückgang der Wahlbeteiligung (trotz Wahlpflicht) auf unter 75% (zum ersten Mal in der argentinischen Geschichte) und einem deutlichen Anstieg der ungültigen und leeren Stimmzettel geführt hatte. Darin spiegelte sich keine grundsätzliche Infragestellung der Demokratie oder politische Apathie wider, sondern der Protest gerade der unabhängigen, politisch informierten und engagierten Wähler gegen die Parteipolitiker, die es versäumt hatten, ihre Reihen zu erneuern, entschlossen gegen die Korruptionsvorwürfe vorzugehen und eine Antwort auf die Anliegen der Bürger zu geben.

Der Wahlverlauf im April 2003 widerspricht dieser gegenüber der politischen Klasse kritischen Ausrichtung nicht, die in breiten Segmenten der argentinischen Wählerschaft zu finden ist. Die Unsicherheit über den Wahlausgang, die bis zum Wahltag andauerte, die breite Streuung der Stimmen auf viele Kandidaten, die nur wenige Prozentpunkte auseinander lagen, und das unterschiedliche programmatisch-ideologische Profil der Kandidaten machten aus dem *voto bronca* eine bewusste Stimmabgabe (*voto útil*), in die sowohl die eigenen politischen Präferenzen als auch das jeweilige Kalkül im Hinblick auf die Erfolgsaussichten der unterschiedlichen Kandidaten eingingen.

Tabelle 2: Wahlbeteiligung und ungültige Stimmen 2003 y 2001

	2003 (Präsidentswahl)		2001 (Parlamentswahlen)	
	Stimmen	%	Stimmen	%
gültige Stimmen	19.387.895	97,28	14.140.196	78,1
leere Stimmzettel	196.574	0,99	1.704.514	9,4
Ungültige Stimmen	345.642	1,73	2.261.332	12,5
Wähler/Wahlbeteiligung	19.930.111	78,22	18.106.042	72,8

Quellen: Daten für 2003 vom *Ministerio del Interior* (<http://www.mininterior.gov.ar>) und für 2001 aus M. Escollar et al., *Últimas Imágenes del Naufragio: las elecciones del 2001 en la Argentina*, in: *Desarrollo Económico*, Vol. 42 (2002), Nr. 165, S. 25-44.

Wem würden die Wähler der 1999 siegreichen und nachfolgend gescheiterten Allianz (siehe *Brennpunkt Lateinamerika* 20-1999) und insbesondere der Radikalen Partei ihre Stimme geben? Wer würde unter den Peronisten die Nase vorne haben? Der große Wahlverlierer war in der Tat die Radikale Partei, deren Kandidat Moreau gerade einmal 2,34% der Stimmen auf sich vereinen konnte. Die Traditionspartei, die seit 1983 zwei Präsidenten gestellt hatte, fällt mittlerweile unter die Kategorie Sonstige (siehe Tabelle 3). Ein Teil der Anhänger der Radikalen Partei dürfte für die beiden Kandidaten gestimmt haben, die einst zum radikalen Lager gehört hatten: Ricardo López Murphy und Elisa Carrió. Ersterer, ein orthodoxer Wirtschaftswissenschaftler, war unter der Rúa Verteidigungsminister und kurz Wirtschaftsminister gewesen. Diesen Posten musste er aufgrund des Widerstandes in der Regierungskoalition gegen seine drastische Sparpolitik aufgeben. López Murphy artikuliert eine nicht-peronistische programmatische Option für das Mitte-Rechts-Spektrum, der sich von der peronistischen Alternative (verkörpert durch Carlos Menem) durch mehr demokratische und rechtsstaatliche Glaubwürdigkeit unterscheidet. Elisa Carrió, die sich 2001 von der Radikalen Partei getrennt hatte und sich nachfolgend durch ihren Vorsitz im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Geldwäsche und als Anklägerin korrupter Praktiken in der Politik profiliert hatte, trat gleichfalls für rechtsstaatliche Prinzipien ein, machte aber auch die ungerechte Einkommensverteilung zu einem zentralen Wahlkampfthema. Ein beachtlicher Teil der ehemaligen Wähler der Allianz und der Radikalen Partei stimmte aber auch für die peronistischen Kandidaten.

Die drei peronistischen Kandidaten präsentierten ihrerseits ein breites programmatisches Menu. Mit einem eher im Mitte-Rechts-

Spektrum verankerten politischen Diskurs versuchte Carlos Menem die Wahlkoalition aus Unterschichtwählern und besser gestellten Schichten wiederzubeleben, die ihm in den 90er Jahren zum Sieg verholfen hatte, wobei die Preis- und Währungsstabilität sowie die Stärkung der Marktkräfte im Vordergrund standen. Néstor Kirchner verortete sich demgegenüber stärker im Mitte-Links-Spektrum, trat für einen nationalen Entwicklungsweg ein und wollte damit auch die Politik von Duhalde fortführen. Sein politischer Diskurs sprach auch Teile der Mittelschicht an, die auf keinen Fall für einen der beiden anderen peronistischen Kandidaten aber möglicherweise für Elisa Carrió gestimmt hätten. Im Vergleich zur Kandidatin des ARI (*Agrupamiento por una República de Iguales*) schien Kirchner eher für Regierungsfähigkeit (*gobernabilidad*) zu stehen. Carrió konnte bisher keine Regierungserfahrung nachweisen, und ihre Partei verfügte nur über eine schwache organisatorische Basis. Adolfo Rodríguez Saá stand demgegenüber für den traditionellen Peronismus mit einem populistischen Diskurs, ähnlich wie Menem vor 1989. Mit diesem konkurrierte er um die Stimmen der peronistischen Unterschicht. Die ideologischen Unterschiede zwischen den peronistischen Kandidaten verschärften den innerparteilichen Machtkampf, der seit der zweiten Präsidentschaft von Carlos Menem zwischen diesem und Eduardo Duhalde ausgetragen wurde.

Nachdem in der Woche vor den Wahlen die Meinungsumfragen ein Kopf an Kopf-Rennen zwischen López Murphy, Menem und Kirchner vorausgesagt hatten, mit einem leichten Vorteil für Menem, setzten sich am Ende die beiden peronistischen Kandidaten Menem und Kirchner doch gegenüber den anderen Kandidaten ab, die ihrerseits eng beieinander lagen.

Schaubild 1: Die fünf wichtigsten Kandidaten in der ersten Runde

Elisa Carrió	Anwältin; seit 1995 Abgeordnete (UCR) für die Provinz Chaco. Als im März 2001 über Sondervollmachten für den Präsidenten de la Rúa abgestimmt wird, verlässt sie definitiv die Fraktion der Radikalen Partei und gründet eine eigene Partei (ARI = <i>Agrupamiento por una República de Iguales</i>), der sich ehemalige Mitglieder der Radikalen Partei, Dissidenten der Peronistischen Partei, Sozialisten und Unabhängige anschließen. Carrió leitete den Untersuchungsausschuss des Parlamentes über Geldwäsche und profilierte sich als Kritikerin korrupter Praktiken in der Politik. Gilt als schwierige Persönlichkeit und wenig kompromissbereit. Wirtschaftspolitisch steht sie für eine größere Rolle des Staates in der Wirtschaft und die Bekämpfung der wachsenden sozialen Ungleichheit.
Nestór Kirchner	Anwalt; schon in jungen Jahren in der Peronistischen Partei aktiv und während der Militärherrschaft zeitweilig verhaftet; seit Dezember 1991 Gouverneur der Provinz Santa Cruz (drei aufeinander folgende Amtsperioden). Die Provinz weist durch die geringe Einwohnerzahl und große Bodenschätze (u.a. Erdöl) einen deutlich höheren Lebensstandard und bessere soziale Indikatoren auf als der nationale Durchschnitt. In der wirtschaftlichen Krise unter de la Rúa schafft Kirchner mehr als US\$ 500 Mio. des Staatshaushaltes auf ausländische Bankkonten. Mitbegründer einer oppositionellen Strömung in der Peronistischen Partei gegen die Politik von Präsident Menem. Seine Ehefrau, Cristina Kirchner, ist einflussreiche Senatorin (für die Provinz Santa Cruz) im Nationalen Kongress, seine ältere Schwester Mitglied des neuen Kabinetts. Wirtschaftspolitisch steht Kirchner für eine größere Rolle des Staates in der Wirtschaft (auch über staatliche Investitionsprogramme) und eine Stärkung der nationalen Industrie. Außenpolitisch tritt er für eine Stärkung des MERCOSUR und eine distanziertere Haltung gegenüber den USA ein.
Ricardo López Murphy	Volkswirt mit Studium an der <i>University of Chicago</i> ; ehemaliger Mitarbeiter von FIEL, einem der wichtigsten wirtschaftswissenschaftlichen <i>think-tanks</i> in Argentinien; Verteidigungsminister und Wirtschaftsminister (für eine Woche) unter de la Rúa. Gründete 2002 die Gruppierung <i>Recrear Argentina</i> , schloss für die Wahlen ein Wahlbündnis mit Provinzpartien unter der Bezeichnung <i>Movimiento Federal Recrear</i> (MFR). Er steht für eine neoliberale Wirtschaftspolitik und drastische Sparmaßnahmen bei den öffentlichen Haushalten.
Carlos Menem	Anwalt; Peronist; dreimaliger Gouverneur der Provinz la Rioja; Ex-Präsident (1989-1999). Seine erste Amtszeit (1989-1995) stand unter dem Vorzeichen einer erfolgreichen Preisstabilisierung und Währungspolitik (Dollarbindung des Peso 1:1 an den US\$), der umfassenden Privatisierung von Staatsunternehmen und der Deregulierung der Märkte, bei gleichzeitigen Lohnsenkungen und der Reduzierung der Staatsausgaben. Dazu kam eine enge außenpolitische Anlehnung an die USA. Seine zweite Amtszeit war durch einen Anstieg der Auslandsverschuldung, eine defizitäre Haushaltspolitik, den Anstieg der Arbeitslosigkeit und den Beginn einer wirtschaftlichen Rezession gekennzeichnet. Versuchte vergeblich, eine nach der Verfassung eigentlich ausgeschlossene erneute Wiederwahl durchzusetzen. Seine beiden Amtszeiten waren durch auswuchernde Korruption, politische Einflussnahme auf die Justiz und geringen Respekt vor den demokratischen Institutionen gekennzeichnet. Er möchte die liberale Wirtschaftspolitik seiner ersten Amtsperiode in modifizierter Form fortführen und Argentinien wieder stärker an die USA anlehnen.
Adolfo Rodríguez Saá	Anwalt; Peronist, 1983 wird er zum Gouverneur der Provinz San Luis gewählt und fünfmal wiedergewählt (ein einmaliger Fall in Argentinien). Ende 2001 wird er nach dem Rücktritt von Präsident de la Rúa vom Kongress zum Präsidenten gewählt, muss aber mangels des notwendigen Rückhalts bereits nach sieben Tagen wieder zurücktreten. Stellt während seiner Amtsperiode den Schuldendienst ein.

Menem gewann zwar, sein Vorsprung fiel jedoch sehr gering aus, nachdem er vollmundig bereits einen definitiven Sieg im ersten Wahlgang angekündigt hatte. Auch viele Wähler

glaubten (nach Meinungsumfragen), auch wenn sie ihn nicht selbst nicht wählen wollten, dass er von allen Kandidaten die größten Chancen auf das Präsidentenamt habe.

**Tabelle 3: Ergebnis des ersten Wahlganges
(Kandidaten für die Präsidentschaft/Vizepräsidentschaft)**

	Stimmen	%
Menem-Romero	4.740.907	24,45
Kirchner-Scioli	4.312.517	22,24
López Murphy-Gómez Díez	3.173.475	16,37
Rodríguez Saá-Posse	2.735.829	14,11
Carrió-Gutiérrez	2.723.574	14,05
Sonstige	1.701.593	8,78
Summe	19.387.895	100

Quelle: <http://www.mininterior.gov.ar>

Mit Ausnahme der Hauptstadt Buenos Aires, wo López Murphy siegte,¹ dokumentiert die politische Landkarte nach dem ersten Wahlgang die Vorherrschaft der Peronisten und der klientelistischen Parteimaschinen. Menem gewann in dreizehn von insgesamt 24 Provinzen, darunter den bevölkerungsreichen Provinzen Córdoba und Santa Fé. Durch die Unterstützung Duhalde gewann Kirchner – und dies war für seinen Wahlerfolg entscheidend² – in der Provinz Buenos Aires, die bei weitem die meisten Wähler aufweist. Er lag daneben in sieben weiteren Provinzen in Führung. Jeder der peronistischen Kandidaten setzte sich in seiner Einflusszone durch, wo die jeweiligen Parteiapparate ihre Wirkung zeigten. Kirchner siegte in den in Patagonien, im Süden Argentiniens gelegenen Provinzen Rio Negro, Neuquén, Chubut, Tierra del Fuego, einschließlich seiner Heimatprovinz Santa Cruz. Obgleich Menem in unterschiedlichen Regionen erfolgreich war, fiel sein Wahlsieg besonders deutlich in seiner Heimatprovinz La Rioja und den nördlichen Provinzen Catamarca und Salta (dies war die Heimatprovinz seines Kandidaten für das Amt des Vizepräsidenten) aus. Der dritte peronistische Kandidat Rodríguez Saá

gewann in drei Provinzen, darunter seiner eigenen, San Luis, und den angrenzenden Provinzen Mendoza und San Juan.

Implikationen des Wahlausgangs für das Parteiensystems

Die weitere Entwicklung des Parteiensystems ist mit vielen Unwägbarkeiten behaftet. Folgende Eckpunkte lassen sich festmachen:

- Das traditionelle Zweiparteiensystem aus Radikaler und Peronistischer Partei befindet sich im Umbruch. Aber es ist noch nicht absehbar, welches Parteiensystem sich auf mittlere Sicht etablieren wird.
- Die Radikale Partei befindet sich nach dem doppelten Desaster der Präsidentschaft von de la Rúa und dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen 2003 im freien Fall. Die Partei verfügt zurzeit über keine Persönlichkeit, die einen Neuanfang anstoßen und die traditionellen Wähler hinter sich versammeln könnte. Im Hintergrund zieht immer noch Ex-Präsident Alfonsín die Fäden, nicht gerade zum Nutzen seiner Partei. Allerdings verfügt die Radikale Partei in den Provinzen und Kommunen (und im nationalen Kongress) immer noch über viele Mandatsträger und starke Organisationsstrukturen, so dass eine Wiederbelebung der Partei nicht gänzlich ausgeschlossen werden kann.
- Bei den Peronisten zeigt sich ein widersprüchliches Bild. Zwar ist es der Partei

¹ Die Kandidatin Elisa Carrió gewann in keiner Provinz, belegte aber in zwei wichtigen Stimmbezirken, in der Hauptstadt Buenos Aires (19,83%) und in der Provinz Santa Fé (25,16%), jeweils den zweiten Platz.

² Seine eigene Heimatprovinz Santa Cruz hat gerade einmal 200.000 Einwohner und nicht einmal 120.000 Wahlberechtigte.

nicht gelungen, die internen Konflikte zu überwinden, und sie ist mit drei Kandidaten bei den Präsidentschaftswahlen angetreten. Diese Kandidaten vereinten aber fast 60% der Stimmen auf sich, und im zweiten Wahlgang standen sich zwei Peronisten gegenüber, d.h. die Stichwahl war fast eine parteiinterne Wahl. Haben sich die Peronisten somit, wenn auch innerlich gespalten, erneut als hegemoniale Kraft

etabliert? Wahlanalysen scheinen darauf hinzudeuten, dass der harte Kern der Stammwähler der Peronisten von 35-40% auf 30-35% zurück gegangen ist, d.h. die peronistischen Kandidaten verdankten im ersten Wahlgang fast die Hälfte ihrer Stimmen Wählern, die zuvor für andere Parteien gestimmt hatten, vor allem Wählern der ehemaligen Allianz aus Radikaler Partei und FREPASO.

Tabelle 4: Wahlsieger nach Provinzen

	Menem-Romero		Kirchner-Scioli	
	Stimmen	%	Stimmen	%
BUENOS AIRES* (Hauptstadt)				
BUENOS AIRES (Provinz)			1.910.516	25,72
CATAMARCA	80.833	49,52		
CORDOBA	477.738	28,42		
CORRIENTES	155.352	35,02		
CHACO	172.207	35,15		
CHUBUT			104.286	50,22
ENTRE RIOS	185.370	29,77		
FORMOSA			85.937	41,11
JUJUY			116.943	42,42
LA PAMPA	48.997	27,81		
LA RIOJA	116.309	81,93		
MENDOZA**				
MISIONES	170.711	38,91		
NEUQUEN			61.121	25,27
RIO NEGRO			92.713	35,39
SALTA	217.474	44,80		
SAN JUAN**				
SAN LUIS**				
SANTA CRUZ			78.554	78,69
SANTA FE	425.886	25,26		
SANTIAGO DEL ESTERO	144.213	41,65		
TUCUMAN	199.699	31,36		
TIERRA DEL FUEGO			23.437	47,60

Quelle: <http://www.mininterior.gov.ar>

* In der Hauptstadt Buenos Aires gewann López Murphy mit 25,85% der Stimmen.

** Provinzen, in denen Rodríguez Saá siegte: Mendoza (36,76%), San Juan (35,68%), San Luis (87,39%).

- Es bleibt offen, ob die Peronisten unter dem neu gewählten Präsidenten Kirchner wieder ihre Reihen schließen werden. Zurzeit gibt es im Parlament drei peronistische

Fraktionen, und die Mehrheitsfraktion ist ihrerseits in mehrere, von regionalen Parteifürsten dominierte Subfraktionen gespalten. Es ist eher unwahrscheinlich, dass

diese Spaltung unter einer einheitlichen Parteiführung – möglicherweise mit Kirchner oder Duhalde als Parteiführer – vollständig überwunden wird. Die Peronistische Partei wird auch zukünftig durch eine Politik des Aushandelns zwischen unterschiedlichen Machtzentren – mit einem besonders starken Gewicht der Provinz Buenos Aires – gekennzeichnet sein.

- Nicht nur bei den Peronisten, sondern insgesamt wird die Regionalisierung (auf der Ebene der Provinzen) oder Territorialisierung (im Gegensatz zur Nationalisierung/Zentralisierung) ein Kennzeichen der argentinischen Politik und Parteien bleiben. Damit einher geht eine Stärkung klientelistischer Strukturen und der Parteiapparate. Die starke politische Stellung der Provinzen – gerade auch der sozial und politisch rückständigen Provinzen – wird durch die Stellung des Senats im argentinischen Zweikammersystem abgestützt, in dem alle Provinzen unabhängig von ihrer Größe gleich stark vertreten sind, und der über die gleichen Kompetenzen wie das Abgeordnetenhaus verfügt. Auch dort gibt es eine Verzerrung zu Gunsten der kleinen, bevölkerungsarmen Provinzen. Durch die Teilerneuerung von Abgeordnetenhaus – zur Hälfte alle zwei Jahre – und des Senats – ein Drittel alle zwei Jahre – wird eine Erneuerung der Politik zusätzlich erschwert; zumal es in vielen Provinzen Regionalparteien gibt, die nur bedingt von nationalen parteipolitischen Trends beeinflusst werden.
- Gibt es überhaupt Kräfte der Erneuerung im argentinischen Parteiensystem? Im Mitte-Links-Spektrum hat sich der ARI unter Elisa Carrió etabliert, der sich aus ehemaligen Peronisten und vor allem Anhängern der *Alianza* (darunter vielen Radikalen) zusammensetzt, und der lange Zeit den Protest gegen die verkrusteten politischen Strukturen konzentrieren konnte. Nimmt man die Stimmen für diverse linke Gruppen hinzu, so hat sich bei den Präsidentschaftswahlen im Mitte-Links-Spektrum ein Wählerpotential von ca. 20% artikuliert, das je nach politischer Konjunktur und Konstellation durchaus an die 30-Prozent-Marke kommen kann, für sich allein aber nicht mehrheitsfähig ist.
- Bleibt die Überraschung des ersten Wahlgangs Ricardo López Murphy, der in der

Endphase des Wahlkampfes mächtig zugelegt hatte. López Murphy scheint nach Wahlanalysen nahezu vollständig die Stimmen aus dem Spektrum auf sich vereint zu haben, das traditionell für Mitte-Rechts-Parteien gestimmt hatte, und einige Sektoren, die durch die neoliberale Politik Menems zeitweilig die Peronisten unterstützt hatten. Er erhielt außerdem Zuspruch von Intellektuellen, vereinzelt auch aus dem Mitte-Links-Spektrum. López Murphy scheint demgegenüber nur einen geringen Teil der traditionellen Wähler der Radikalen Partei an sich gebunden zu haben. Es bleibt deshalb abzuwarten, ob er breitere Wählerschichten für sich gewinnen kann. Soweit er sich für mehr Rechtsstaatlichkeit und mehr politische Transparenz einsetzt, gibt es sicherlich Möglichkeiten das Wählerspektrum zu erweitern, die neoliberale Wirtschaftspolitik setzt dieser Expansion wiederum Grenzen.

- Falls die Peronisten mit einem einzigen Kandidaten antreten und dieser nicht zu sehr vom Mainstream der Partei abweicht, wird es sehr schwer sein, sie bei Präsidentschaftswahlen zu besiegen. Insofern kommt der Peronistischen Partei weiterhin eine dominierende Rolle im Parteiensystem zu; zumal es in der augenblicklichen Parteienlandschaft außerordentlich schwierig erscheint, die beiden wichtigsten Gegengruppierungen zu den Peronisten, ARI und die Bewegung von López Murphy, hinter einem gemeinsamen Kandidaten zu einen. Dies geht allenfalls auf Gemeinde- oder Provinzebene.

Menem in der Defensive

Nach dem ersten Wahlgang war allen Beobachtern klar, dass es für Menem äußerst schwierig werden würde, den zweiten Wahlgang für sich zu entscheiden. Zu knapp war sein Vorsprung gegenüber dem Zweitplatzierten gewesen, als dass sich daraus ein zusätzlicher Mobilisierungseffekt für die nächste Runde entwickelt hätte. Umfragen hatten bereits vor dem ersten Wahlgang offenbart, dass Menem bei einer Stichwahl gegen alle vier Hauptkonkurrenten verlieren würde, am deutlichsten gegen Néstor Kirchner. Erste Umfragen für den zweiten Wahlgang zeigten folglich Néstor Kirchner deutlich in Front. Entsprechend richteten beide Kandidaten ihren Wahlkampf aus.

Kirchner versuchte, sich bereits als zukünftiger Präsident darzustellen, verzichtete auf große Auftritte in der Öffentlichkeit, bemühte sich um einen moderaten politischen Diskurs und reiste nach Brasilien und Chile, wo er von den Präsidenten Lula und Lagos öffentlichkeitswirksam empfangen wurde. Beide machten deutlich, wo ihre politischen Präferenzen bei den Wahlen in Argentinien lagen. Die Wahlplakate Kirchners suggerierten einerseits den Ausgleich (*Argentina unida*; ein vereintes Argentinien), andererseits die Möglichkeit, über den Stimmzettel mit dem Gegner abrechnen zu können (*La hora del pueblo*; die Stunde des Volkes).

Demgegenüber versuchte Menem, in die Offensive zu gehen. Er wechselte sein Wahlkampfteam aus und stellte ein Schattenkabinett auf, das sich in der Wirtschaftspolitik an die Linie von Wirtschaftsminister Lavagna annäherte. Menem forderte Kirchner zu einer Debatte im Fernsehen auf, die er selbst seinen Gegnern in der Vergangenheit nie ermöglicht hatte. Unvergesslich ist seine Absage in letzter Minute im Wahlkampf 1989, als ein leerer Stuhl im Fernsehstudio auf ihn wartete. Zugleich versuchte Menem, seine eigene Regierungserfahrung als Präsident hervorzuheben und seinen Gegner Kirchner zu diffamieren. So erschienen plötzlich in Buenos Aires Plakate, die Kirchner als Marionette von Präsident Duhalde zeigten, mit der Aufschrift „*Basta de de la Rúas!*“ (Genug der de la Rúas!). Damit sollte einerseits die Schwäche des Kandidaten suggeriert und andererseits auf seine Abhängigkeit vom Präsidenten hingewiesen werden. Menem liebte es außerdem den Witz zu erzählen, dass ihm jemand mitgeteilt habe, was Kirchner auf Spanisch heiße, nämlich de la Rúa. Parallel dazu wurden Kirchner seine angeblichen Sympathien mit dem revolutionären Flügel der Peronisten, den *Montoneros*, zu Beginn der 70er Jahre und Absprachen mit Protestgruppen (*piqueteros*), die die Straßen blockieren, vorgehalten. Kirchner wurde unterstellt, den Obersten Gerichtshof absetzen und das Land in den wirtschaftlichen Ruin führen zu wollen. Demgegenüber stellte sich Menem als Garant wirtschaftlichen Fortschritts dar. Den Wählern wurde die Alternative eines Argentinien wie Kuba (Kirchner) oder wie Spanien (Menem) suggeriert. Zugleich vertrat Menem, in Interviews die Ansicht, dass Argentinien in der aktuellen Krisenzeit einen Präsidenten mit Erfahrung – nämlich ihn – brauche. Er ließ sich aber auch eine Hintertür für eine

mögliche Niederlage oder einen möglichen Wahlverzicht offen. So wurde der Vorwurf des Wahlbetrugs im ersten Wahlgang erhoben, ohne dass allerdings eine offizielle Wahlbeschwerde eingelegt wurde.

Präsident Duhalde gab darauf hin den sportlichen Kommentar ab, dass Menem so oder so verlieren werde, entweder durch K.O. oder durch Aufgabe. Menem sah sich gezwungen, immer wieder zu dementieren, und er antwortete mit der gleichen Metapher, er stehe mitten im Ring und werde seinen Gegner vernichtend schlagen. Der virtuelle Boxkampf ging weiter. Die Gegner Menems klebten Plakate mit der Aufschrift „*Está grogui, ponelo K.O.*“ (er ist angeschlagen, schlag ihn K.O.). Auch sonst ging man mit dem Ex-Präsidenten nicht gerade sanft um. Seine Wahlplakate wurden mit dem Spruch „*Fuiste*“ (Du bist es gewesen) überklebt. Während Kirchner von Menem als Marionette Duhaldes dargestellt und häufig nicht einmal beim Namen genannt wurde, revanchierte sich dieser, indem er Menem in der Öffentlichkeit regelmäßig als „*aquel viejo fantasma del pasado*“ (dieses alte Gespenst aus der Vergangenheit) titulierte.

Ballotage interruptus

Nachdem der Ex-Präsident zunächst noch Optimismus ausstrahlte, seinen Gegner im zweiten Wahlgang schlagen zu können, ließ die Wahlkampfstrategie schon bald ein Schwinden der Siegeshoffnungen erkennen. Symptomatisch war ein Wahlkampfsport im Fernsehen, der mit dem Satz endete, es sei das Beste, was denjenigen passieren könne, die Menem eigentlich nicht wollten, dass Menem gewinne. Zuvor waren Bilder von Duhalde als eigentlichem Machtfaktor hinter Kirchner zu sehen, die mit den entsprechenden Jahreszahlen suggerierten, dass sich dieser an der Macht perpetuieren würde. Menem würde dagegen nach vier Jahren abtreten, und dann könne man andere Kandidaten und Kandidatinnen wählen. Dazu wurden Fotos der wichtigsten Kandidaten aus dem gesamten politischen Spektrum gezeigt. Plakate von Menem in Hauptstadt trugen die Aufschrift „*sin odio*“ (ohne Hass), womit er das negative Votum meinte. Immerhin die Hälfte der möglichen Wähler von Kirchner in der Stichwahl begründete ihre Stimmabgabe mit der Ablehnung von Menem.

Tabelle 5: Voraussagen (Meinungsumfragen) für den zweiten Wahlgang

Umfrage	Kirchner	Menem
Equis/Artemio López	72,3	27,7
OPSM/ZuletaPuceiro	71,1	28,9
Research Int	72,2	27,8
Rouvier y Asociados	78,9	21,1
Julio Aurelio	78,1	21,9

Quelle: Clarín, 15.5.2003, S. 13

Alle Umfragen sagten Menem eine Wahlschlappe voraus, bei zunehmend schlechteren Umfragwerten mit Näherrücken des Wahltermins. Menem hätte demnach, wenn überhaupt, nur knapp sein Ergebnis aus dem ersten Wahlgang übertroffen.

Das Gros der Stimmen der im ersten Wahlgang ausgeschiedenen Kandidaten wäre nach den Umfragen auf Kirchner entfallen, ein größerer Prozentsatz als in der ersten Runde wäre nicht zur Wahl gegangen oder hätte eine ungültige Stimme abgegeben. Von den Wählern von Elisa Carrió hätte so gut wie niemand für Menem gestimmt, von den beiden anderen Kandidaten, López Murphy und Rodríguez Saa, selbst bei günstigsten Prognosen bestenfalls ein Fünftel der Wähler. Dies war die Ausgangslage für ein unsägliches Spektakel um die Teilnahme oder nicht Nichtteilnahme Carlos Menems an der Stichwahl. Der Direktor des sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts FLACSO prägte den Begriff der „*ballotage interrumpit*“.

Fast täglich verkündete der Ex-Präsident, dass es ihm niemals in den Sinn kommen würde, aus den Wahlen auszusteigen. Aber mit der Wahrheit hatte es Menem nie so genau genommen. Ein bekannter argentinischer Fernsehkommentator brachte dieses Misstrauen gegenüber Menem auf dem Punkt: er glaube Menem überhaupt nichts. Sollte dieser behaupten, dass draußen die Sonne scheine, würde er grundsätzlich seinen Regenschirm aufspannen. Und es zeichnete sich immer deutlicher ab, dass Menem aufgeben würde, da halfen auch die Appelle von renommierten Journalisten oder Intellektuellen nichts, die Menem in der Regel kritisch gegenüberstanden, ihn aber nun zur Wahrung der demokratischen Institutionen aufforderten, bei der Stichwahl anzutreten. Um Institutionen hatte sich Menem allerdings nie groß geschert.

Eine ganze Nation durfte mehr als 24 Stunden darüber rätseln, wie sich der Ex-Präsident letztlich entscheiden würde, nachdem sich dieser am Mittag des 13. Mai in sein Hauptquartier im *Hotel Presidente* in Buenos Aires zurückgezogen hatte, wo er mit Vertrauten beriet. Mit theatralischen und pathetischen Gesten, die wie eine schlechte Kopie alter Wahlkampffilme wirkten und bewusst ambivalent gehalten waren, grüßte er von Zeit zu Zeit seine Anhänger, die sich – wenn auch in begrenzter Zahl – bis Mitternacht vor dem Hotel versammelt hatten. In den frühen Morgenstunden flog er dann in seine Heimatprovinz La Rioja, wo er sich noch einmal mit seinen engsten Vertrauten beriet, um dann am späten Nachmittag mit einer zuvor aufgezeichneten Erklärung seinen Rückzug zu erklären. Während er einerseits vorgab, mit seinem Verzicht eine Polarisierung für oder gegen seine Person überwinden zu wollen, warf er zugleich seinem innerparteilichen Erzfeind Präsident Duhalde und seinen übrigen Gegnern vor, ihn um die Nominierung als offizieller Kandidat der Peronistischen Partei gebracht und ihn in der Öffentlichkeit dämonisiert zu haben. Dem zukünftigen Präsidenten Kirchner warf er erneut vor, ein *Montonero* gewesen zu sein. Er solle nun sehen, wie weit er mit seinen 22% der Stimmen kommen werde, er betrachte sich weiterhin als der Wahlsieger (des ersten Wahlgangs). Zugleich wartete Menem mit einem Zitat Eva Peróns auf, die 1951 durch den Druck der Militärs gezwungen war, auf eine Kandidatur für die Vizepräsidentschaft zu verzichten: „Wie es die *Compañera Evita* ausdrückte, habe ich auf die Ehre und die Ämter verzichtet, aber nicht auf den Kampf.“ Und am Ende seiner Verzichtsrede nahm er dieses Argument noch einmal auf: „Sie können absolut sicher sein, dass ich den politischen Kampf nicht aufgeben werde, der mein Lebenszweck gewesen ist.“

Néstor Kirchner zum Wahlverzicht von Carlos Menem

„... ein Ex-Präsident, dem es nicht gelingt, zum dritten Mal wiedergewählt zu werden, wirft deshalb das Handtuch, ohne sich um den entstehenden Schaden zu kümmern, er beschädigt die Institutionen der Republik mit der gleichen Gewalt seiner Reden und der gleichen Straflosigkeit, die seine Amtsführung kennzeichneten. Um ehrlich zu sein, müssen wir uns über eine derartige Haltung nicht wundern. Zuerst hat er den Argentinern das Recht zu arbeiten genommen, danach das Recht zu essen, das Recht zu studieren, das Recht auf Hoffnung. Jetzt kam zum Abschluss das letzte der Rechte dran, die noch aufrechterhalten wurden, das Recht zu wählen. Die Meinungsumfragen, die ihm ohne Ausnahme eine Niederlage ohne Präzedenzfall in der Wahlgeschichte unserer Republik vorausgesagt haben, erlaubten es den Argentinern, sein wahres Gesicht kennen zu lernen, das der Feigheit, und unter seiner letzten Handlung zu leiden, der Flucht.“

Aus der Erklärung von Néstor Kirchner zum Wahlverzicht Menems am 14. Mai 2003

Carlos Menem ist sich in seiner Geringschätzung politischer Institutionen und Regeln treu geblieben. Sein Abgang war genauso kitschig wie verantwortungslos. Bleibt zu hoffen – trotz der Erklärungen des Ex-Präsidenten –, dass dieses Manöver Menems ihn definitiv in der argentinischen Politik diskreditiert hat und seinen zukünftigen Einfluss schwächt. In den Meinungsumfragen waren diejenigen, die Verständnis für das Verhalten Menems zeigten, eindeutig in der Minderheit. Es überwogen Unverständnis und Zorn. Für seine Gegner hatte Menem wieder einmal alle Vorurteile bestätigt.

Die politische Zukunft Menems (und Duhaldes)

Wo lagen die Ursachen für die Entscheidung Menems, das Rennen aufzugeben?

- Hauptgrund und Auslöser für die Entscheidung war die sich abzeichnende Wahlschlappe. Aus Sicht einer nüchternen Kosten-Nutzen-Kalkulation und seines Eigeninteresses, das Menem immer über das Gemeinwohl und die politischen Institutionen gestellt hatte, war seine Entscheidung, nicht anzutreten, möglicherweise die kostengünstigere Option. Eine Niederlage im Verhältnis 30% zu 70% hätte ihn definitiv von der politischen Bühne verbannt. Der Rückzug kann ihm zwar als Feigheit und Flucht ausgelegt werden. Menem dürfte jedoch die Hoffnung hegen, dass mit der Zeit die Umstände des Rückzugs in der kollektiven Erinnerung verblassen und vergessen werden. Ein Wahlergebnis ist amtlich dokumentiert, Umfragen, die seine Niederlage voraussagten, kommt nicht die gleiche Aussagekraft zu. So kann Menem hoffen, einen Teil seiner Anhängerschaft und politischen Ressourcen zu konservie-

ren und den politische Kampf fortzusetzen; zumal gleichzeitig mit der späteren Mythenbildung begonnen wurde. Demnach war Menem als Sieger des ersten Wahlganges durch die Machenschaften seiner Gegner um seine Wahlchancen im zweiten Wahlgang gebracht worden. Mit einer großzügigen Geste wollte er dem Land eine Polarisierung über seine Person ersparen.

- Mit dem Wahlverzicht sollte zugleich die politische Position und Legitimationsbasis des neuen Präsidenten Néstor Kirchner geschwächt werden, der nun nur die 22% aus dem ersten Wahlgang statt der zu erwartenden 70% aus dem gescheiterten zweiten Wahlgang auf seinem Wählerkonto verbuchen kann.
- Viele der Gouverneure, Bürgermeister und Abgeordneten, die ihn im ersten Wahlgang unterstützt und sich in seinem Sieg gesonnt hatten, drängten Menem auf einen Wahlverzicht, um nicht bei den anstehenden Parlaments- und Provinzwahlen vom Sog der sich abzeichnenden vernichtenden Niederlage Menems mitgerissen zu werden.
- Da sich eine klare Wahlniederlage abzeichnete, nahmen auch die finanziellen Unterstützungsleistungen und die Bereitschaft innerhalb der Peronistischen Partei – mit der Hoffnung späterer Kompensationen – ab, sich für Menem im Wahlkampf einzusetzen.
- Menem wollte seinen Gegnern nicht den Gefallen tun, ihn abstrafen zu dürfen. Dies hat sein Kandidat für die Vizepräsidentschaft Juan Carlos Romero in einem Interview ganz deutlich artikuliert: „Wir haben ihnen die Freude verdorben, gegen Menem

abstimmen zu gehen“ (La Nación, 16. Mai 2003, S. 11).

De facto ist die Zeit von Menem abgelaufen. Vorstellungen, er könnte den Parteivorsitz behalten, sind deshalb abwegig. Er wird auch nicht mehr die Wähler mobilisieren können, die sein neoliberales Modell unterstützten. Diese verfügen nun mit López Murphy über eine attraktivere Alternative. Und er wird auch nicht, und nach seiner Flucht noch weniger, das hohe Ausmaß an Ablehnung, das ihm entgegengebracht wird und ihn in den Umfragen unter 30% gedrückt hatte, überwinden können. Ein Problem besteht darin: So lange Menem hinter den Kulissen und auch offen Einfluss auf die argentinische Politik zu nehmen trachtet, wird sich auch sein Gegenspieler Duhalde nicht aus der Politik zurückziehen. Beide, Menem und Duhalde, werden sich gegenseitig belauern und ihre Chancen für ein Comeback abwägen. Dafür sind die Chancen von Duhalde wesentlich besser, der eine recht erfolgreiche Übergangspräsidentschaft abschließt und dessen Amtsführung in Meinungsumfragen überwiegend positiv bewertet wird, auch wenn eine seiner letzten Amtshandlungen, die Begnadigung des ehemaligen Chefs der *Carapintadas* (aufständischer Militärs) Seneildín und noch einsitzender militanter politischer Aktivisten, die 1988 eine Militärkaserne (La Tablada) angegriffen hatten, nicht unumstritten war. Duhalde hat sein Wort gehalten und wie versprochen die Amtsgeschäfte fristgerecht an einen gewählten Nachfolger übergeben. Im Gegensatz zu Menem, dem der Makel der Feigheit und Flucht sowie der Unehrllichkeit anhängt, hat Duhalde wesentlich mehr Handlungsoptionen: Er kann sich als *Elder Statesman* der Peronisten, eventuell auch im Parteivorsitz profilieren, aber auch, wenn es die Umstände erlauben, noch einmal für das Präsidentenamt kandidieren.

Wirtschaftliche und politische Herausforderungen an die neue Regierung

Nach dem tiefen Einbruch der Jahre 2001 und 2002 zeigen sich erste Erholungstendenzen, die aber nicht überbewertet werden sollten. Die argentinische Wirtschaft ähnelt einem Patienten, der aus dem Koma erwacht. Alle am Krankenbett sind ganz glücklich, dass der Patient wieder die Arme und Beine bewegt, aber keiner weiß, wann dieser wieder richtig laufen kann. Die Regierung und die internationalen Finanzorganisationen sind zunächst einmal

recht erfreut darüber, dass die Talsohle erreicht ist und einige der schlimmsten Befürchtungen sich nicht erfüllt haben. Die Abwertung gegenüber dem US\$ hat sich nicht fortgesetzt, vielmehr hat sich der Peso gegenüber dem US\$ erholt. Ein durchschnittlicher Wechselkurs im Verhältnis 1:3 (statt vormals 1:1) scheint realistisch zu sein. Damit würden sich der argentinische Peso und der brasilianische Real in ihrem Verhältnis zum US\$ angleichen. Die Inflationsrate ist mit 40% im vergangenen Jahr nicht explodiert, mittlerweile wurde wieder eine relative Preisstabilität erreicht, und die Wachstumsprognosen (BIP) für das laufende liegen bei 4% oder sogar darüber.

Es bleiben aber die harten Herausforderungen: Die Begleichung der Auslandsschulden, vor allem gegenüber den privaten Gläubigern muss geregelt werden. Der momentane Wirtschaftsaufschwung basiert auch darauf, dass der Schuldendienst weitgehend eingestellt wurde. Die Parallelwährungen in verschiedenen argentinischen Provinzen müssen abgeschafft werden; grundsätzlich wartet das Problem des Finanzausgleichs zwischen der Zentralregierung und den Provinzen (wie auch zwischen reichen und armen Provinzen) auf eine Lösung, gleiches gilt für die Haushaltssanierung in den Provinzen. Geklärt werden muss die Frage, wer die Kosten der Anpassung von ausstehenden Krediten und Spareinlagen der argentinischen Banken nach der Abwertung und der nachfolgenden Re-Dollarisierung vieler Einlagen übernimmt. Konfliktträchtig ist das Problem der Anpassung der Tarife privatisierter Dienstleistungsunternehmen nach der Abwertung, da diese häufig über vertraglich garantierte Gewinnmargen verfügen. *Last but not least* bleiben die hohe Arbeitslosigkeit (von über 17%) und das Armutsproblem (von zeitweilig fast 60% der Bevölkerung). Das Programm zur Subventionierung von Haushaltsvorständen kann keine Dauerlösung sein und ist auch nicht auf Dauer finanzierbar.

Das Dilemma der neuen Regierung besteht darin, dass sie einerseits mit riesigen Problemen konfrontiert ist, andererseits nur über eine schwache eigenständige Machtbasis verfügt und zudem in einem politischen Umfeld agiert, in dem die Macht fragmentiert ist. In den beiden großen Parteien, der Radikalen Partei und der Peronistischen Partei, gibt es keinen allseits anerkannten Parteiführer, der für alle bindende Entscheidungen treffen könnte. Die politische Macht ist in einem großen Umfang dezentralisiert. Regionale Parteiführer verfü-

gen über eine äußerst starke Stellung, die sich vor allem im Senat, aber auch im Abgeordnetenhaus widerspiegelt. Dazu kommt, dass sich das Parteiensystem möglicherweise in einem Umbruch befindet. Die zukünftige Regierung wird sich auf eine Politik des Aushandelns und der Kompromissuche mit vielen Mitspielern einlassen müssen.

Eine gewisse Chance bietet die Teilerneuerung des Kongresses – der Hälfte des Abgeordnetenhauses und eines Drittels des Senats – in den kommenden Monaten, die erneut eine Art Transitionsphase konstituiert. Zu den Besonderheiten der argentinischen Politik gehört nämlich einerseits, dass die Restpräsidentschaft von Präsident de la Rúa eigentlich erst im Dezember geendet hätte, der Amtsantritt von Néstor Kirchner aber bereits am 25. Mai erfolgte. Seine eigentliche Amtszeit von vier Jahren beginnt deshalb auch erst im Dezember. Andererseits finden turnusgemäß die Parlamentstheilwahlen statt, aber nicht an einem Tag, sondern je nach Provinz – dort werden teilweise auch Bürgermeister, Landtagsabgeordnete und Gouverneure gewählt – über mehrere Monate verteilt zu unterschiedlichen Zeitpunkten. Daraus kann sich im günstigsten Fall eine Art Schneeballeffekt für den neuen Präsidenten ergeben. Tatsache bleibt allerdings, dass nur ein Teil des Parlaments erneuert wird.

Die ersten Amtshandlungen der neuen Regierung

Stellt die Wahl Kirchners einen politischen Neuanfang dar? Betrachtet man sich das Kabinett, das eine Alterskohorte (fast alle sind Anfang 50) vereint, könnte dieser Eindruck entstehen. Auch die sich abzeichnende hohe Stimmabgabe gegen Menem in der gescheiterten Ballotage spricht dafür. Die Wähler haben der neoliberalen Politik menemistischer Prägung und dem dazugehörenden frivolen und korruptionsfördernden Politikstil eine klare Absage erteilt. Kirchner steht für eine Übergangsphase; am Ende seiner Amtszeit in vier Jahren dürften die Konturen des zukünftigen politischen Systems klarer erkennbar sein.

In der öffentlichen Meinung wurde die neue Regierung mit Wohlwollen und positiven Erwartungen begrüßt, und auch innerhalb der politischen Führungsschicht überwogen die Signale der Kooperationsbereitschaft. Kurz vor Amtsantritt gab Kirchner die Ministerliste seines zukünftigen Kabinetts bekannt. In der Zusammensetzung des Kabinetts spiegelt sich keine Strategie zur Bildung neuer Allianzen

wider. Weder der ARI, noch die UCR, noch zusätzliche Fraktionen oder regionale Führer der Peronisten sind vertreten, obwohl es Angebote an einzelne Gouverneure gegeben haben soll. Eine gewisse Kontinuität gibt es mit der scheidenden Regierung Duhalde, die Kirchner im Wahlkampf unterstützt hatte. Der neue Präsident wird mangels ausreichender Hausmacht auch weiterhin den Rückhalt der peronistischen Abgeordneten der Provinz Buenos Aires brauchen. Wie bereits vor der Wahl angekündigt, blieben Wirtschaftsminister Roberto Lavagna und Gesundheitsminister Ginés González García im Amt. Der Innenminister Aníbal Fernández und der Verteidigungsminister José Pampuro stehen Ex-Präsident Duhalde nahe. Was das zuletzt genannte Ressort betrifft, sorgte die Ankündigung von Kirchner einer umfassenden Umstrukturierung der militärischen Führung für Aufsehen, mit der eine große Zahl von Generälen und Admirälen vorzeitig in den Ruhestand entlassen werden würden.

Das restliche Kabinett trägt jedoch eindeutig die Handschrift von Kirchner. Vier Kabinettsposten gehen an Vertraute aus der Provinz Santa Cruz: Julio de Dido, ehemaliger Chef der Provinzregierung, wird Minister für Planung, öffentliche Dienstleistungen und Investitionen, ein Politikfeld, dem Präsident Kirchner große Bedeutung beimisst. Die ältere Schwester des Präsidenten, Alicia Kirchner, wird Sozialministerin, ein für den Aufbau politischer Unterstützung wichtiges Ministerium. Oscar Parilli leitet das Präsidialamt und der Abgeordnete Sergio Acevedo wird für eine Übergangszeit Leiter der Inlandsaufklärung (*Secretaría de Inteligencia del Estado* = SIDE), bevor er als Nachfolger von Kirchner für das Amt des Gouverneurs der Provinz Santa Cruz kandidieren wird. Der neue Kabinettschef und ehemalige Abgeordnete im Stadtparlament von Buenos Aires, Alberto Fernández, war Wahlkampfchef von Kirchner und gilt als einer seiner engsten Vertrauten.

Die Nominierung von Acevedo muss im Zusammenhang mit der Ernennung von Gustavo Beliz zum Justizminister gesehen werden. Während Acevedo den Parlamentsausschuss zur Einleitung eines – letztlich gescheiterten – Amtsenthebungsverfahrens gegen die Richter am Obersten Gerichtshof geleitet hatte, gilt Beliz als nicht korrupter Politiker, der die Konfrontation nicht scheut. Er war mit 30 Jahren bereits Innenminister während der ersten Präsidentschaft von Menem gewesen und wegen

der Machenschaften in der damaligen Regierung aus dem Kabinett ausgeschieden, und er hatte nachfolgend außerhalb der Peronistischen Partei agiert. Beide Ernennungen könnten den Willen zu einer Erneuerung der Justiz signalisieren. Für die Menemisten im Justizapparat und im Obersten Gerichtshof könnten unangenehme Zeiten anbrechen. Zugleich könnten die Ernennung von Beliz und die gleichzeitige Berufung des angesehenen Juristen Rafael Bielsa als Außenminister auch als wahlstrategischer Schachzug gesehen werden: Damit gibt es zwei Mitbewerber weniger für das Amt des Bürgermeisters von Buenos Aires. Dort tritt der Amtsinhaber Aníbal Ibarra vom FREPASO zur Wiederwahl an. Die Stadt Buenos Aires gehört zu den wählerstarken Stimmbezirken bei den anstehenden Parlamentswahlen. Die eigene Hausmacht in Patagonien sowie der Rückhalt in Buenos Aires (Provinz und Stadt) werden allerdings nicht ausreichen, um eine regierungsfähige Mehrheit hinter sich zu sammeln. Dies gilt vor allem für den Senat, in dem auch die bevölkerungsstarken Provinzen nur drei Senatoren entsenden. Deshalb muss sich Kirchner um Absprachen mit zusätzlichen Sektoren der Peronistischen Partei bemühen.

Bei der Amtseinführung am 25. Mai waren insgesamt 12 lateinamerikanische Präsidenten anwesend, darunter Hugo Chávez und Fidel Castro. Die USA schickten als Zeichen ihrer Wertschätzung den Wohnungsbauminister, dessen Lateinamerikabezug nur für Eingeweihte ersichtlich war.

In seiner viel beachteten Antrittsrede skizzierte der neue argentinische Präsident die Grundlinien seiner Politik. Kirchner stellt sich als Vertreter einer Generation dar, die in den 70er Jahren politisch aktiv geworden ist und für ihre Ideale und Irrtümer schwer gelitten habe. Gerade deshalb tritt er für eine politische Kultur des Dialogs insbesondere auch zwischen politischen Gegnern ein. Er sieht sich zugleich als jemand, der für einen politischen Umbruch und Neuanfang steht, unter dem Leitmotto: „Veränderung ist der Name der Zukunft“. Dies gilt für die politischen Institutionen, vor allem die Stärkung des Rechtsstaats, genauso wie für die Wirtschaftspolitik. Die

Rolle des Staates im Wirtschaftsprozess wird wieder aufgewertet, vor allem im Hinblick auf Investitionen im Infrastrukturbereich, aber auch in der Sozialpolitik oder zur Steigerung der Chancengleichheit im Bildungssektor zwischen den Provinzen. Die nationale Industrie und die Binnenwirtschaft sollen gestärkt werden (u.a. über die Wechselkurspolitik und die Steigerung der Binnennachfrage). Kirchner spricht von einem „*capitalismo nacional*“, ohne dass damit eine Abschottung vom Weltmarkt impliziert werden soll. Zugleich verspricht Kirchner eine solide Haushaltspolitik unter Vermeidung neuer Schulden, die über eine Verbesserung des Steueraufkommens des Staates und eine größere Effizienz bei den Ausgaben garantiert werden soll. Die Auslandsschuld wird anerkannt und soll beglichen werden, aber im Rahmen der wirtschaftlichen Möglichkeiten. Deshalb sollen über Umschuldungsverhandlungen und einen teilweisen Schuldenverzicht der Gläubiger die Zins- und Tilgungszahlungen verringert bzw. zeitlich gestreckt werden.

In der Außenpolitik steht die Vertiefung und Erweiterung des MERCOSUR als einer strategischen Allianz – vor allem mit Brasilien – im Vordergrund. Die Zeit der automatischen Allianzen mit den USA ist demgegenüber vorbei. Sowohl mit den USA als auch mit Europa sollen stattdessen Beziehungen auf der Grundlage des wechselseitigen Respekts unter Wahrung der argentinischen Interessen gepflegt werden. Zudem tritt die argentinische Regierung für die Stärkung multilateraler Strukturen in der internationalen Politik, wie etwa der Vereinten Nationen ein.

Am Ende seiner Ansprache bezog sich Kirchner auf die berühmte Rede Martin Luther Kings, in der dieser seinen Traum von einem besseren Amerika verkündet hatte. Einen ähnlichen, auf die Zukunft gerichteten Traum möchte Kirchner seinen Landsleuten vermitteln: „Ich werde Euch einen Traum vorschlagen, ich möchte ein geeintes Argentinien. Ich möchte ein normales Argentinien. Ich möchte, dass wir zu einem aufrichtigen und zuverlässigen Land werden. Aber ich möchte auch ein gerechteres Land.“

Zitierte und verwendete Quellen:

- M. Escolar et al., Ultimas Imágenes del Naufragio: las elecciones del 2001 en la Argentina, in: *Desarrollo Económico* Vol. 42 (2002), No. 165, S. 25-44.
- Guillermo Molinelli et al., *Congreso, Presidencia y Justicia en Argentina*, Buenos Aires 1999.
- Juan Carlos Torre, Los huérfanos de la política de partidos. Sobre alcances y la naturaleza de la crisis de representación partidaria, in: *Desarrollo Económico* Vol. 43 (2003), No. 168, S. 647-665.

Internetausgaben von

- La Nación – www.lanacion.com.ar
- Clarín – www.clarin.com.ar
- Página 12 – www.pagina12.com.ar

Frühere Brennpunkte zu Argentinien:

- Nr. 20-99 Was kommt nach Menem? Die argentinischen Präsidentschaftswahlen vom 24.10.1999.
(Detlef Nolte)
- Nr. 03-01 Argentinien nach dem ersten Jahr der Präsidentschaft von Fernando de la Rúa: zwischen der Melancholie des Tango und dem Prinzip Hoffnung.
(Alejandra Kern/Detlef Nolte)
- Nr. 06-01 Trendwende in Argentinien? Ist Domingo Cavallo erneut der Retter?
(Detlef Nolte)
- Nr. 20-01 Wahlen in Argentinien. Niederlage, Rezession und Politikverdrossenheit: Kann Präsident de la Rúa weiter regieren?
(Agustín Ferraro/Mariana Llanos)
- Nr. 03-02 Reason to cry, Argentina! Das Land steht vor einem ökonomischen Scherbenhaufen. Schadensbesichtigung, Ursachenforschung und erste Analyse der Rettungsversuche.
(Barbara Fritz/Mariana Llanos)

Autorennotiz:

Prof. Dr. Detlef Nolte; stellvertretender Direktor des Instituts für Iberoamerika-Kunde, Privatdozent für Politische Wissenschaft und Mitglied der Gemeinsamen Kommission Lateinamerika-Studien an der Universität Hamburg; zu Forschungsschwerpunkten und aktuellen Veröffentlichungen siehe <http://www.rz.uni-hamburg.de/IHK>; E-mail: detlef_nolte@public.uni-hamburg.de.

Mariana Llanos; Politikwissenschaftlerin, Dr. Phil. (University of Oxford); Projektmitarbeiterin am Institut für Iberoamerika-Kunde; E-mail: mariana.llanos@public.uni-hamburg.de.

Impressum: BRENNPUNKT LATEINAMERIKA erscheint zweimal im Monat und wird vom Institut für Iberoamerika-Kunde (IHK) in Hamburg herausgegeben. Das IHK bildet zusammen mit dem Institut für Allgemeine Überseeforschung, dem Institut für Asienkunde, dem Institut für Afrika-Kunde und dem Deutschen Orient-Institut den Verbund der Stiftung Deutsches Übersee-Institut. Aufgabe des IHK ist die gegenwartsbezogene Beobachtung und wissenschaftliche Untersuchung der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Lateinamerika. Das Institut ist bemüht, in seinen Publikationen verschiedene Meinungen zu Wort kommen zu lassen, die jedoch grundsätzlich die Auffassung des/der jeweiligen Autors/Autorin und nicht unbedingt die des Instituts darstellen.

Redaktion: Detlef Nolte; Textverarbeitung: Wolfgang Bauchhenß und Ditta Kloth.

Bezugsbedingungen: € 61,50 p.a. (für Unternehmen und öffentliche Institutionen); € 46,- (für Privatpersonen und Nichtregierungsorganisationen); € 31,- (für Studierende und Erwerbslose). Für den Postversand wird ein zusätzlicher Betrag von € 15,30 erhoben. Einzelausgaben kosten € 3,10 (für Studierende € 2,10).

BRENNPUNKT LATEINAMERIKA kann auch zum Abopreis per E-Mail bezogen werden.

INSTITUT FÜR IBEROAMERIKA-KUNDE

Alsterglaciis 8 · D-20354 Hamburg · Tel: 040 / 41 47 82 01 · Fax: 040 / 41 47 82 41

E-mail: iikh@uni-hamburg.de · Internet: <http://www.duei.de/iik>

Institut für Iberoamerika-Kunde – Hamburg

IberoDigital

Das elektronische Pressearchiv IberoDigital archiviert laufend ca. 350 Artikel pro Woche aus dem Internetangebot lateinamerikanischer Tages- und Wochenzeitungen.

Was bietet IberoDigital?

- Eine wöchentliche Presseschau mit ausgewählten Informationen aus der lateinamerikanischen Presse
- Aktuelle Themenlisten, die einen umfassenden Überblick über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Lateinamerika bieten
- Nach Ländern gegliederte Suchmöglichkeiten in den Beständen des Archivs (Schlagwort-Suche)
- Möglichkeit der Direktbestellung der Volltexte

Informationen unter <http://www.duei.de/iik/>

Thomas Pohl

10 Jahre MERCOSUR – eine Bilanz Kosten und Nutzen regionaler Integration

Das bedeutendste Projekt regionaler Zusammenarbeit in Lateinamerika ist der MERCOSUR. Nachdem er spätestens seit 1998 zunehmend durch negative Schlagzeilen auf sich aufmerksam machte, ist seit Ende 2002, vor allem seit der Wahl Lula da Silvas zum brasilianischen Staatspräsidenten, und begünstigt durch die Freigabe des argentinischen Peso, eine neue Wertschätzung des Integrationsprojekts durch seine Mitglieder festzustellen. Damit erhält auch diese Arbeit, die die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in den ersten zehn Jahren des MERCOSUR nachzeichnet, eine unerwartete Aktualität. Der Autor versucht aufzuzeigen, welche Vorteile den einzelnen Mitgliedern durch den MERCOSUR entstanden sind und inwiefern sie Nachteile durch den regionalen Zusammenschluss in Kauf nehmen mussten.

Hamburg: Institut für Iberoamerika-Kunde 2003 [*im Druck*], € 9,20
(Beiträge zur Lateinamerika-Forschung, Band 11)
ISBN 3-936884-02-1